

# Was tun?! Netzwerk



## **Brief an die Mitglieder der Berliner Linkspartei**

Wir, Mitglieder der Partei DIE LINKE, ehemalige Mitglieder sowie Aktivistinnen und Aktivisten aus Gewerkschaften und anderen linken Zusammenhängen haben in Folge der Konferenz „Was tun!?“ der Linken in der Partei DIE LINKE in Hannover vom 6. Mai auch einen „Was tun!?“-Kreis in Berlin gegründet.

„Was tun!?“ ist ein Bundesweites Netzwerk, in dem mittlerweile Vertreter aus allen Landesverbänden vertreten sind, das sich angetrieben durch den Abstieg der Partei DIE LINKE in der Wählergunst an einer Neuausrichtung linker politischer Aktivität aktiv beteiligen will.

Den Mitgliedern der Linkspartei, den noch aktiven, als auch den Ehemaligen, die die Partei enttäuscht verlassen haben, kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. „Was tun?!“ richtet sich an alle, die mit dem sektiererischen Kurs der Parteiführung, der Spaltung und Umdeutung linker Positionen nicht einverstanden sind und der Übernahme von regierungsnahen Mainstream-Meinungen oder dem Ausweichen in existentiellen Fragen wie Krieg und Frieden, Deindustrialisierung, Enteignung des „Mittelstandes“ usw. etwas entgegenstellen wollen ...

Durch die Aufstellung der Spitzenkandidaturen für die Wahl zum Europäischen Parlament komplett am zuständigen Gremium (Bundesausschuss) vorbei, spitzt sich die Lage deutlich zu. Nicht nur, weil dieselben Akteure Sahra Wagenknecht trotz Freiheit des Mandats ständig

vorgeworfen haben, sich nicht den Diskussionen in den Gremien zu stellen. Das von ihnen vielbeschworene Prinzip der Mitgliederpartei wird so de facto zu Gunsten von Vorstandsentscheidung bei der ersten Gelegenheit übergangen. Zudem ertönen aus dem Umfeld der parteilosen Kandidatin Carola Rackete und „den Bewegungen“ bereits Forderungen nach Revision der außenpolitischen Grundsätze der Partei und der kritiklosen Übernahme Ukrainischer Positionen.

Angesichts der tiefen Krisen, die alle Bereiche der Gesellschaft durchziehen, braucht es dringend einen Adressaten für Protest und sozialistische Alternativen. Die Linkspartei ist es in ihrem jetzigen Zustand nicht. Die Entwicklungen in den anderen Europäischen Ländern zeigt deutlich, dass linke Parteien, die sich nicht an der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung orientieren, von der Bildfläche hinweggefegt werden.

Protest und Widerstand gegen das Regierungshandeln wird sich seine Bahn brechen. Ob mit oder ohne DIE LINKE. Der besorgniserregende Aufwind für die AfD zeigt dies mahndend.

Es geht nicht darum ob es einen Neuanfang einer Linken in Deutschland geben wird, sondern ob die Linke überhaupt sein wird.

Über die Wege zur Bildung einer politisch handlungsfähigen, in der Lebenswelt der Bevölkerung und in der Welt der Arbeit verankerten Linken gibt es unterschiedliche Auffassungen. Aber nur in einer offenen und ehrlichen Auseinandersetzung darüber, in einem anderen kulturellen Umgang miteinander, werden wir einen Weg finden. Deshalb wollen mit euch in den Austausch treten.

Wir rufen alle auf, die verantwortungsvoll den Prozess der Neuausrichtung der Linken in Deutschland mitgestalten wollen, mit uns in Kontakt und ins Gespräch zu kommen.

Schreibt uns an, teilt uns Eure Meinung oder Vorschläge mit, sucht Gleichgesinnte, bildet eigene Arbeitsgruppen, diskutiert mit Euren Vorständen und Delegierten ... Möglichkeiten des Austausches gibt es viele. Sprecht und schreibt uns gerne an, wenn Ihr mit uns diskutieren wollt.

Anbei auch ein Positionspapier zum Zustand der Partei Die Linke.

Für den „Was tun?!“-Kreis Berlin  
Harri Grünberg, Joppel Reimer und Michael Niedworok

Kontakt: [info@was-tun-berlin.de](mailto:info@was-tun-berlin.de)

## **Positionspapier des Berliner Was Tun Kreises zur Krise der Partei, zur Diskussion**

Eine Linke, die grüner als die Grünen sein will und sich mit woken Lifestyle Themen beschäftigt, hat einfach keine ausreichende Wählerbasis, sagt Sahra Wagenknecht zu Recht.

Die Entwicklung der Linken hin zu einer radikaleren Zweitausgabe der Grünen lässt kaum noch die Möglichkeit zu, gemeinsam in einer Partei zu kämpfen. Die Pläne einer „disruptiven

Neugründung“ der Linken, wie jüngst in einem Papier vom Haupttheoretiker des linksliberalen Flügels der Partei, Mario Candeias, veröffentlicht, zeigt auf, wohin die Reise der Neugründung gehen soll: Zum linken Flügel einer transatlantischen linksliberalen Gemeinschaft.

Die Linke soll sich neugründen gemeinsam mit den von den Grünen enttäuschten Aktivistinnen sowie auf Grundlage diverser identitätspolitischer Ansätze. Auf dieser Linie sich bewegende Gewerkschaftsaktivistinnen will man auch dabei haben. Das ist aber ein völliger Gegensatz zu einer auf die Interessen der Welt der Arbeit bezogenen Partei.

Das hat links eine politische Leestelle für viele werktätige und erwerbslose Menschen in diesem Land geschaffen. Unser Hauptanliegen als “Was tun?!”-Berlin entspricht der Formulierung von Sahra Wagenknecht: In Deutschland fehlt eine politische Kraft, die imstande wäre, der wachsenden Unzufriedenheit der Menschen mit der Politik des Krieges und der sozialen Demontage der Ampel-Regierung eine politische Richtung nach links zu geben. Die Partei DIE LINKE, so wie sie jetzt aufgestellt ist, ist diese Kraft nicht. Statt sich um die Probleme der Menschen zu kümmern, die am Monatsende nicht mehr wissen, wie sie mit ihrem Geld auskommen sollen, vertreten sie überall da, wo sie in Regierungsverantwortung sind, allem Anschein nach die Umsetzung der Politik der Regierung Scholz oder sie wetteifern lieber mit den Grünen, wer besser grüne Themen vertritt. Das nützt nur dem Großkapital und den wohlhabenden urbanen Milieus.

Die Linke sieht nicht, dass sich unter Millionen von Arbeitnehmerinnen eine breite Stimmung insbesondere gegen die Grünen und die Ampel insgesamt entwickelt. Die AfD erzielt Traumwerte in den Umfragen und die Partei DIE LINKE bleibt bei vier Prozent hängen. Die Parteiführung der Linken vertieft die Gräben gegenüber den populären Schichten. Gemeinsam mit Medien und den etablierten Systemparteien von SPD, Grüne und CDU, diffamiert sie die Proteststimmung als rechts.

Wir als “Was tun?!”-Kreis möchten dazu beitragen, die bestehende politische Leerstelle zu beenden, die Schein-Alternative aus Protest AfD zu wählen oder Wahlenthaltung zu üben, auf dass es eine soziale und populäre Alternative in diesem Land gibt. Eigentlich wäre dies die Aufgabe der Partei DIE LINKE. Sie ist aber weit davon entfernt, dieser historischen Aufgabe nachzukommen. Dass die AfD so stark in den Umfragen ist, dafür trägt auch die Linkspartei eine Mitverantwortung. Wir wollen nicht der AfD das Feld überlassen. Wir wollen den Kampf gegen Rechts aufnehmen, indem man den Menschen zeigt, dass soziale linke Politik nahe bei den Menschen ist und nicht Teil einer abgehobenen elitären Politik, als die mittlerweile weite Teile der Partei DIE LINKE wahrgenommen werden. Wir wollen, dass linke Politik bei den Menschen ist, die am stärksten von den ökonomischen Verwerfungen des Kapitalismus betroffen sind und sich um ihre Sorgen kümmert.

Die derzeitige LINKE hat den Kompass verloren, den sie bei ihrer Gründung 2007 hatte, der Arbeiterklasse und den populären Schichten, in den Parlamenten und auf der Straße, eine Stimme und Richtung zu geben. Friedenspolitisch ist die Linkspartei ein Totalausfall. Führende Funktionäre der Partei, singen das gleiche Lied wie die NATO, fordern Waffenlieferungen in die Ukraine und haben ihre Gegnerschaft zum real existierenden Imperialismus aufgegeben. Mit Karl Liebknecht sagen wir hingegen, unser Feind ist die eigene imperialistische Führung. Kein Cent für diesen Krieg. Kein weiteres Sterben in der Ukraine im Stellvertreter-Krieg zwischen dem westlichen Imperialismus und Russland. Der inhaltliche Verfall der Partei ist bereits so weit

gegangen, dass man im Entwurf eines Europa-Wahlprogrammes für 2024 die Forderung nach Austritt aus den militärischen Strukturen und perspektivisch der Auflösung der NATO fallen lässt und Wirtschaftssanktionen gegen Russland befürwortet. Diese Partei-Führung steht im imperialistischen Feldzug des Westens gegen Russland geistig auf der Seite des Westens, sie scheint das Kriegsnarrativ der NATO übernommen zu haben.

Auch wir verurteilen den Völkerrechtsbruch der Russischen Föderation. Aber jeder Krieg hat eine Vorgeschichte und dieser Krieg wurde auch provoziert, weil Russlands seit vielen Jahren wiederholt formulierte Sicherheitsinteressen, nicht von der NATO eingekreist zu werden, nicht berücksichtigt wurden. Hingegen provozierte die NATO, obwohl anders versprochen, seit 1990 mit ihrer Osterweiterung und durch die Unterstützung antirussischer Kräfte und des Umsturzes in der Ukraine.

Die Eskalation im Krieg, die Vertiefung der kapitalistischen Krise und in deren Folge der soziale Krieg, macht dringend eine Politik notwendig, die Millionen von Arbeitnehmerinnen eine Richtung gibt. Dies ist nur möglich durch scharfe Abgrenzung von der Regierung der Ampel durch eine klare Oppositionspolitik gegen Krieg und sozialen Kahlschlag nach innen. Die Ampel führt uns immer tiefer in eine Eskalation hinein und nimmt unsere drohende Zerstörung durch Nuklearwaffeneinsatz in Kauf. Der von der Ampel betriebene Wirtschaftskrieg offenbart sich als sozialer Krieg nach innen. Deutschland schlittert in eine fortschreitende Krise, in eine Rezession und eine schleichende Deindustrialisierung auch infolge des zerstörerischen Wirtschaftskrieges. Er kämpfte Errungenschaften der Arbeiterbewegung der vergangenen Jahrzehnte drohen in der Krise verloren zu gehen. Millionen von Lohnabhängigen zahlen den Preis für Krieg und Sanktionspolitik. Der Industriebau schreitet voran, jeder sechste Betrieb will seine Produktion ins Ausland verlegen. Es kann nicht im Interesse linker Politik sein, dass dieses Land seine wichtigsten Industrien verliert und somit die Existenzbasis von Hunderttausenden von Menschen verloren geht und mit ihr die Existenz vieler hunderttausender kleiner und mittelständischer Unternehmen.

Schon kündigt die Ampel aufgrund der angespannten Haushaltslage massive Sozialkürzungen an. NATO-Generalsekretär Stoltenberg sagt es unverblümt: Wenn sie mehr für die Verteidigung ausgeben, ist weniger für Gesundheit, Bildung usw. da und Scholz sagt, er mache es sich zu 100 Prozent zu eigen, die Aufrüstung weiter voranzutreiben. Mehr Milliarden für Aufrüstung gehen auf Kosten der öffentlichen und sozialen Ausgaben. Christoph Butterwegge sagt: „Es gibt nur eins: Rüstungs- oder einen Sozialstaat“. Beide zusammen kann es nicht geben. Da gibt es nur eine Lösung: Den Krieg beenden, einen sofortigen und wirksamen Waffenstillstand ohne Bedingungen aushandeln. Das will aber die Parteiführung der Linken nicht, sie knüpft einen Waffenstillstand an Bedingungen. Ähnlich wie die NATO fordert sie, dass die Russen vorher die Ukraine verlassen müssen. Das wird aber nicht funktionieren. Denn erst einmal müssen die Waffen schweigen, damit umfassende Verhandlungen stattfinden können.

In dieser krisenhaften und gefährlichen Situation brauchen wir eine Partei und Parlamentsfraktionen, die gegen die Regierung der Ampel zuspitzen gegen die arbeitnehmerfeindliche Politik einer Regierung unter SPD-Führung, insbesondere aber auch gegen die Grünen und die FDP. Schluss mit der Politik dieser Regierung! Eine Linke, die in dieser Situation nicht ihre Hauptaufgabe darin sieht und versteht, den Protest gegen die Ampel zu organisieren, erledigt sich von selbst. Die gesamte soziale Zerstörungspolitik der Regierung Scholz provoziert Widerstand.

Die Aufgabe einer linken Partei wäre zum Entstehen einer Widerstandsbewegung beizutragen, die sich als Gegenmacht zur Regierung organisiert. Aber die Parteispitze der LINKEN, weil sie anscheinend darauf schießt, auf Teufel komm raus mit SPD und Grünen koalieren zu können, versagt als Opposition. Ihre Kritik an der Regierung unterscheidet sich nur in Nuancen von SPD und Grünen, wo doch ein klares Kontrastprogramm notwendig wäre. Damit ist man weit hinter der Stimmung großer Teile der Bevölkerung zurück, die weder Krieg noch Sozialabbau wollen. Die Regierung und die herrschenden Eliten möchten den Protest gegen den Krieg unterdrücken. Dafür schaffen sie Instrumente und üben sie bereits im Test gegen die weit unpopulärere letzte Generation aus. Das ist eine Generalprobe gegen den sozialen Protest, der sich ankündigt.

Das gilt auch für DIE LINKE in Berlin. Gemeinsam mit der SPD und den Grünen hat sie eine Politik praktiziert, die den Problemen der Menschen nicht gerecht wird, sondern bestenfalls verwaltet hat.

Nehmen wir die Schulbausanierung, wo sie das Projekt der „Schulbauoffensive“ gegen alle Kritiker verteidigt und erklärt hat, das sei keine Privatisierung. Dass die neue Koalition von CDU/SPD diese Maßnahme jetzt offen als ÖPP-Projekt umwidmet, zeigt nur für welchen Weg die „Schulbauoffensive“ steht. Statt den Schulbau aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren, unter öffentliche Kontrolle, wurde den Finanzmärkten hier ein neues Feld zur Bereicherung geöffnet.

So auch bei den Krankenhäusern, statt die Schließung des Wenckebach-Krankenhauses gestützt auf den Protest der Bevölkerung und der Beschäftigten zu verhindern, beschloss man das eigenmächtige Handeln der Geschäftsführung zu begleiten. In der Folge stehen jetzt weitere Krankenhausschließungen an. Wie will die Berliner LINKE dagegen jetzt Front machen?

Sicher ist DIE LINKE mit den Beschäftigten für „Mehr Personal“ in den Krankenhäusern eingetreten. Aber Bettensperrungen schaffen zwar mehr Entlastung für das Personal, dienen allerdings nicht der Versorgung der Bevölkerung. Das Personal fehlt weiterhin, wobei die Finanzmittel für Investitionskosten, für die das Land die Verantwortung trägt, nicht erhöht wurden. Folge sind der Abbau von Personal und das unsägliche Outsourcing in Tochterbetrieben – alles geschehen unter Rot-Rot-Grün.

Und der Lehrermangel? Wurde er unter Rot-Rot-Grün bekämpft und abgeschafft? Nein, es blieb bei einer Lehrerausstattung, die individuelle Förderung, Integration und selbst verlässliche Vertretung bei Unterrichtsausfall häufig unmöglich macht und die obendrein real nicht einmal erreicht wird.

Und der von der LINKEN unterstützte Volksentscheid für die Enteignung großer Wohnungskonzerne, der mit einer Millionen „Ja-Stimmen“ angenommen wurde, landete zunächst im „Nichts“ der Expertenkommission und kann so nun von Schwarz-Rot abgeräumt werden. Die Lage der Mieterinnen und Mieter verschlimmert sich derweil.

Die Parteiführung der Linken in Berlin und Bund unterstützt SPD und Grüne im Kampf gegen die Friedensbewegung. Der Parteivorstand hat sich von Friedenskundgebungen distanziert und beteiligt sich an ihrer Diffamierung. Erinnern wir uns an die nachweisbaren Unwahrheiten, die der Parteivorstand gegen den Protest lanciert hat, zu dem Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer aufgerufen haben: Er sei rechtsoffen, Sahra hätte eine Querfront gebildet. Das alles

kam aus dem Karl-Liebknecht-Haus selbst. In dem der Parteivorstand Sahra auffordert, ihr Mandat zurückzugeben, möchte er ihre vernehmbare Antikriegsstimme zum Schweigen bringen.

Wie wir bereits als „Was tun?!“-Kreis auf der Konferenz in Hannover in unserer Abschlusserklärung sagten: Die Partei DIE LINKE ist in der Kriegsfrage zu einem Teil des herrschenden Blockes geworden.

Für die Krise der Linken ist nicht Sahra, sondern die linksliberale Spitze der Partei verantwortlich.

Erneut zeigt sich das eklatante Versagen jener Führung in der Partei, sich mit den realen Ursachen des Niedergangs der Linken auseinanderzusetzen. Seit Jahren befindet sich die Linke im Abwärtstrend, seit 2017 verlieren wir unter den Arbeitnehmerinnen. Kaum 3 Prozent der Arbeiterklasse wählt uns noch. Unsere Hochburgen im Osten haben wir verloren. Dies begann seit 2015 und die Antwort aus der Führung der Partei unter Riexinger und Kipping bekundete eine Abgehobenheit und Arroganz: Diesen Wählerinnen trauern wir nicht nach, verlaublich ist es, und sie schielten dabei offenbar auf neue Wählerinnen in den urbanen Zentren. Der Preis dafür ist, dass wir heute Grüner als die Grünen werden und aufhören in der Tradition einer sozialistischen Partei zu stehen. Auch die Zukunftspläne, die der Parteivorstand jüngst verabschiedete, um die Partei wieder nach vorne zu bringen, brechen mit der Tradition und machen aus dieser Partei eine radikalere Zweitausgabe von Bündnis 90/Die Grünen. Eine LINKE, die grüner als die Grünen sein will und sich mit woken Lifestyle Themen beschäftigt, hat einfach keine ausreichende Wählerbasis, sagt Sahra Wagenknecht zu Recht.

Die beiden Strömungen, welche den Parteivorstand und den Apparat beherrschen, Bewegungslinke und Progressive Linke, haben mit dem Parteivorstandsbeschluss gegen Sahra letztlich auch versucht, uns den Stuhl vor die Tür zu setzen, denn in ihrem Kampf geht es nicht um Sahra Wagenknecht allein, sondern sie führen ihn gegen all jene, die sich weigern, vor der veröffentlichten Meinung zu kapitulieren und die, statt woke Mittelschichten anzusprechen, das Hauptaugenmerk auf die populären Schichten richten. Bewegungslinke und Progressive Linke haben den innerparteilichen Pluralismus erstickt. Was die jetzige Führung der Partei vorschlägt, um aus dem Tief herauszukommen, hat keine Zukunft. Das wird den weiteren Zerfall der Linken nicht aufhalten.

Die linksliberalen „Sozialisten“ verschließen die Augen vor der Realität. In Deutschland wächst der Widerstand gegen die Ampel, gegen ihre Kriegspolitik und die Politik des sozialen Krieges nach innen, ebenso gegen die unsoziale Politik, in die der ökologische Umbau mündet. Statt in so einer Situation Zustimmung zu gewinnen, verharrt die Linke im 3-bis-4-Prozent-Tief. Die Politik der Linkspartei wird einfach nur noch als Teil der herrschenden Politik wahrgenommen, als Teil einer woken rosa-grünen Blase, die den populären Schichten der Arbeiterklasse, den Menschen mit geringem Einkommen, den abstiegsbedrohten Mittelschichten nichts zu sagen hat.

Im Osten wo einst die PDS und später DIE LINKE die Stärke einer Volkspartei erreichte, 30 Prozent vorwiegend unter Arbeiterinnen, haben die Organisatoren des Bankrotts die Linke auf 8 Prozent heruntergewirtschaftet, so die jüngsten Umfragen. Nun feiern die Bankrotteure des Parteivorstandes den Beschluss, sich von Sahra zu trennen als Befreiungsschlag und verweigern den Blick auf die Realität. Wenn Sahra geht, haben Umfragen ergeben, gehen 50 Prozent der linken Wählerschaft mit ihr.